

Selbstvergewisserung

Die Evidenz des Ökonomischen als Effekt der Grenzziehung zwischen ‚Wirtschaft‘, ‚Wissenschaft‘ und ‚Politik‘

Stefan Scholl¹

1 Einleitung: Grenzziehungen zwischen ‚Wirtschaft‘, ‚Wissenschaft‘ und ‚Politik‘ im liberal-ökonomischen Diskurs

Dass Wirtschaft und Politik zwar eng aufeinander bezogene, aber fundamental getrennte Bereiche mit eigenen Handlungslogiken, Gesetzmäßigkeiten und Akteuren sind, wird von einem Großteil wirtschafts- und sozialwissenschaftlicher Theorien vorausgesetzt und gehört zum Alltagswissen vieler Menschen, das nicht weiter hinterfragt wird. Gleichzeitig sind Debatten um die ‚richtige‘ Abgrenzung von Wirtschaft und Politik, die Notwendigkeit und Reichweite ‚politischer Interventionen‘ in den Ablauf des Marktes, die Gefährdungen des Ökonomischen durch ‚die Politik‘ wie auch *vice versa* seit dem 19. Jahrhundert omnipräsent und hochgradig kontrovers. Akademischen Ökonomen kommt in diesen Debatten (neben Unternehmensverbänden) eine tragende Rolle zu, die dabei selbst aus dem Diskurs erwächst: Indem diese Akteursgruppen ihr Wissen um das Ökonomische als ‚unpolitisch‘, die reinen ‚Sachgesetze‘ des Ökonomischen betreffend markieren, etablieren sie sich zu Fürsprechern einer autonomen ökonomischen Rationalität, die ‚der Politik‘ gegenüber spezifische Ansprüche und Handlungsanforderungen stellt.

¹ Stefan Scholl, Universität Siegen, Philosophisches Fakultät, Historisches Seminar

Die wissenschaftlich-ökonomische diskursive Selbstvergewisserung, die sich in diesem Zeitraum beobachten lässt – so die zentrale These –, bringt die Abgrenzung von ‚Wirtschaft‘, ‚Wissenschaft‘ und ‚Politik‘ und damit die Evidenz eines autonomen ökonomischen Bereiches erst hervor – mit weitreichenden Folgen für gesellschaftliche und politische Machtverhältnisse und Handlungsmöglichkeiten.

Deutlich werden soll im Folgenden, wie der Wissens- und Wahrheitsanspruch eines bestimmten Zweigs des ökonomischen Diskurses aus diesen Grenzziehungen selbst erwächst bzw. in diese verflochten ist, d.h. wie der Gegenstand, über den ein spezifisches Wissen beansprucht wird, erst konstituiert wird. Obgleich das Erkenntnisinteresse in erster Linie ein historisches ist, bleibt die Wirkmächtigkeit der hier vorgestellten Argumentations- und Deutungsmuster auch heute noch aktuell.²

2 Die Einführung der „Herrschaft der politischen Ökonomie“ im 18./19. Jahrhundert

Die Grenzziehung zwischen ‚Wirtschaft‘ und ‚Politik‘ gewann ihre außerordentliche Spannung im Laufe jenes Prozesses, in dem sich die Vorstellung eines eigenen Gesetzen gehorchenden Bereichs des Ökonomischen herausbildete, der zum Politischen in ein Verhältnis gesetzt werden musste. Eine solche Vorstellung entwickelte sich erst in den physiokratischen und ‚klassischen‘ ökonomischen Diskursen des 18. und 19. Jahrhunderts, wie ideengeschichtliche Ansätze ebenso betonen wie auch Michel Foucault. In seiner Analyse der Gouvernamentalität des Liberalismus, die die Epoche der Staatsräson grundlegend veränderte, markiert er den Moment der „...Entstehung jener asymmetrischen Zweipoligkeit der Politik und der Ökonomie...“ als Einführung der „...Herrschaft der politischen Ökonomie...“ in die Reflexion über die Regierung (Foucault 2006b, 39f.). Die Staatsräson der ‚Politiker‘ sei grundlegend von den ‚Ökonomen‘, d.h. physiokratischen und ‚klassischen‘ Autoren, modifiziert worden, die den Bereich der Ökonomie neu definiert und damit die

² Der Beitrag stützt sich maßgeblich auf Teile meiner noch nicht veröffentlichten Dissertation „Trennungsgründe. ‚Wirtschaft‘ und ‚Politik‘ im 20. Jahrhundert“; siehe auch: Scholl (2014).

Rationalität der Regierung verändert hätten (Foucault 2006a, 498ff.). Ähnlich konstatiert auch der Historiker Johannes Burkhardt:

„Seit der Physiokratie und Klassik beherrscht nicht mehr ohne weiteres die Politik die Ökonomie, sondern können umgekehrt aus einem eigenständigen und neuen ökonomischen Verständnis der Welt heraus die Staatsaufgaben bestimmt werden.“ (Burkhardt 1990, 178)

Mit der Herausbildung eines autonomen ökonomischen Diskurses, das heißt, eines Diskurses, der ein Feld konstituierte, auf dem er die Herrschaft über die Wahrheit innehatte, etablierte sich im späten 18. und im 19. Jahrhundert endgültig eine binär gedachte Struktur von ‚Ökonomie‘ und ‚Politik‘ als Grundmodus der Reflexion sowie als Kennzeichen liberaler Regierungsrationalität. Für die sich ausprägenden Grenzziehungen und Trennungen zwischen ‚Ökonomie‘ und ‚Politik‘ im liberal-ökonomischen Diskurs bedeutete dies, dass dem Staat nicht mehr die Steuerung oder Überwachung des ökonomischen Bereichs zugewiesen wurde, sondern dass er sich an den Regeln dieses eigenständigen Bereichs zu orientieren hatte: Er sollte der Ökonomie nicht mehr sein Gesetz vorgeben, sondern „...nach den Gesetzen der Ökonomie [regieren]“ (Lemke 1997, 177). Robert Torrens etwa schrieb 1819 in der *Edinburgh Review*, die Politische Ökonomie sei einer der wichtigsten und nützlichsten Wissenschaftszweige:

„It has a connection more or less intimate with almost every question of politics and morals; and wether with respect to the conduct of private life, or to the administration of public affairs, cases are perpetually occurring in which, without a competent knowledge of its principles, it is impossible to judge correctly, or to act with wisdom.“ (zitiert nach: Langer 1987, 14)

Vor allem englische und französische Autoren fassten unter dem Begriff ‚*political economy*‘ beziehungsweise ‚*économie politique*‘ autonome Gesetzmäßigkeiten der Produktion, Distribution und Konsumtion, die dann zum Wohle aller funktionieren würden, wenn sich die Obrigkeiten jeglicher Eingriffe enthalten würden. Daher plädierten sie verstärkt dafür, auch die Wissenschaft ‚*political economy*‘ von ‚*politics*‘ als Wissenschaftsbereich wie als parteilicher Bewertung zu trennen. Während Adam Smith selbst noch stark in der Tradition eines politischen und morali-

schen Bezugrahmens der Ökonomie stand, lässt sich im Laufe des 19. Jahrhunderts hingegen eine sukzessive Depolitisierungsbewegung feststellen, in der führende Ökonomen dafür eintraten, „politische“ wie „moralische“ Erwägungen aus der eigentlich „ökonomischen“ Analyse herauszuhalten.³

Enorm einflussreich war z.B. eine Definition, die der französische Ökonom Jean-Baptiste Say in seinem *Traité d'économie politique* von 1803 gab. Dort schrieb er, dass man lange Zeit die Wissenschaft der Politik, d.h. die Wissenschaft von der Organisation der Gesellschaften, mit der Politischen Ökonomie verwechselt habe. Dabei sei der Wohlstand vollkommen unabhängig von der politischen Organisation. Seit Adam Smith sollte man den Terminus „*Économie politique*“ für die „Wissenschaft von den Reichtümern“, „*Politique* seul“ dagegen zur Bezeichnung der „...Beziehungen zwischen der Regierung und dem Volk und den Regierungen untereinander...“ verwenden (Say 1803, 1; Hervorh. i.O.; meine Übersetzung).

Im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts kam es im Zusammenhang mit der Entstehung der subjektiven Grenznutzenlehre und der allgemeinen Gleichgewichtstheorie zu einem erneuten semantischen Depolitisierungsschub, der sich charakteristischerweise in der Ablösung des Terminus ‚*Political Economy*‘ durch die Wissenschaftsbezeichnung ‚*Economics*‘ äußerte. War es Anfang des 19. Jahrhunderts zu einer begrifflichen Differenzierung zwischen ‚*Political Economy*‘ und ‚*Politics*‘ gekommen, so wurde seit Anfang der 1870er Jahre das Adjektiv ‚*political*‘ vermehrt problematisiert. William Stanley Jevons, einer der Begründer der Grenznutzenlehre, betitelte sein Werk von 1871 zwar *Theory of Political Economy*, schrieb darin aber, dass er es für notwendig halte, dieses „...old troublesome double-word of our Science...“ so schnell wie möglich zu verwerfen (zitiert nach: Collini et al. 1983, 312). Es war anscheinend der englische Ökonom Henry MacLeod, der in einem Aufsatz 1874 als erster dafür plädierte, ‚*Political Economy*‘ durch ‚*Economics*‘ zu ersetzen. Seit der Definition von Say, so seine Begründung, sei der Terminus ‚*Political Economy*‘ „...von jeglichem Politischen absolut getrennt, und allein auf Reichtum bezogen worden.“ Auch wenn ‚*Political Economy*‘ sich seitdem etabliert habe, sei jedoch die Bezeichnung ‚*Economics*‘ nunmehr vorzuziehen, da sie zeige, dass diese Wissenschaft

³ Vgl. umfassender für den britischen Kontext Collini et al. (1983).

„...aber auch gar nichts mit Politik, sondern ausschließlich mit Eigentum zu tun habe.“ (MacLeod 1874, 893; meine Übersetzung)

Dass die Umbenennungsvorschläge auf ein verstärktes Unbehagen am Politischen verwiesen, dabei gleichzeitig als wissenschaftlicher Depolitierungsversuch zu lesen sind, darauf deutet auch die Argumentation Alfred und Mary Marshalls hin:

„The nation used to be called ‘the Body Politic’. So long as this phrase was in common use, men thought of the interests of the whole nation when they used the word ‘Political’; and then ‘Political Economy’ served well enough as a name for the science. But now ‘political interests’ generally mean the interests of only some part or parts of the nation; so that it seems best to drop the name ‘Political Economy’, and to speak simply of Economic Science, or more shortly, Economics.“ (Marshall/Marshall 1879, 2)

Die terminologische Eingrenzung ging allerdings für Alfred Marshall durchaus mit einer hohen Bewertung der Beratungskompetenz der wissenschaftlichen Ökonomie einher. Gerade weil die Wissenschaft der Ökonomie die „...Notwendigkeiten der Parteiorganisation...“ sowie die „...Diplomatie innerer und äußerer Politik...“ nicht zu beachten brauche, könne sie dem „...Staatsmann...“ am besten zeigen, welche Mittel ihn zu seinen Zielen führen würden (Marshall 1890, 42f.; meine Übersetzung).⁴

Der deutschsprachige Raum, auf den ich mich im Folgenden konzentrieren werde, stellt in der bisher skizzierten Geschichte einen etwas anders gelagerten Fall dar, denn die dominante Historische Schule hatte immer wieder die Untrennbarkeit ‚ökonomischer‘, ‚politischer‘ und ‚sittlich-moralischer‘ Aspekte in der Analyse betont und die ‚klassische‘ Ökonomie für die Abstrahierung von allem Politischen kritisiert. So beobachtete Gustav Schmoller auch die Begriffsmodifikationen äußerst kritisch: „Der bei den Amerikanern, teilweise auch bei den Engländern angenommene Begriff ‚Economics‘ an Stelle der Volkswirtschaft...“ habe ähnlichen Ursprung wie der deutsche Begriff ‚Sozialwirtschaft‘:

⁴ Vgl. hierzu Bürgin/Maissen (1999).

„Er wird von den abstrakt deduktiven Theoretikern bevorzugt, welche nur den Mechanismus der Wertbildung und der Güterverteilung im Auge haben. Er scheint mir noch wesentlich unzweckmäßiger, weil er gleichsam auch die handelnden Menschen, die Gesellschaft, die soziale Seite des wirtschaftlichen Prozesses ausscheiden will, indem er die Wirtschaft als bloßen Güterprozeß zur Bezeichnung verwendet. Es ist ein Rückfall auf Ricardo.“ (Schmoller 1949, 74)⁵

Zur Zeit dieses Kommentars sahen sich Schmoller sowie die Historische Schule insgesamt mit ihrer Betonung der moralisch-politischen Dimensionen der Nationalökonomie allerdings schon heftigen Anfechtungen ausgesetzt, die einerseits auf ihr ‚politisches‘ Wissenschaftsverständnis zielten, andererseits aber auch die daraus resultierenden politischen Forderungen der ‚Sozialpolitiker‘ kritisierten.⁶ Durch die unterstellte „... Hereinziehung der politisch-ethischen Gesichtspunkte in die Wissenschaft...“, so ein typisches Kritikmuster, seien die damaligen Nationalökonominnen „...eigentlich alles andere – Wirtschaftshistoriker, Sozialethiker, Politiker, auch Ästhetiker und Hygieniker – nur nicht Nationalökonominnen, die das spezifisch ‚Ökonomische‘ zum Mittel- und Angelpunkt ihrer Erörterungen machen“ (Pohle 1911, Vf.). Als Konsequenz habe der Nationalökonom das „...Politisieren, wenigstens auf wirtschaftspolitischen Gebiete...“ grundsätzlich zu meiden und sich damit zu begnügen, „...sich nur über die Mittel gutachtlich zu äußern, mit denen die von anderer Seite gesetzten wirtschaftlichen Zwecke am besten erreicht werden können“ (Pohle 1911, 131ff.). Durch eine solche „...unpolitische leidenschaftslose Betrachtung der wirklichen Verhältnisse...“ werde er zwangsläufig auch die Rolle staatlicher Eingriffe zurückhaltender bewerten können (Pohle 1911, 110). Außerdem könne die Nationalökonomie sich durch die Hervorhebung des rein ökonomischen Gesichtspunktes davor bewahren, in der Sozial- wie „...Staatspolitik...“ den „...volkswirtschaftlichen Nutzen...“ zu missachten (Hasbach 1914, 41).

Aus dieser Konstellation schlossen viele Beobachter auf die Notwendigkeit, die politischen Entscheidungsträger, aber auch die Bevölkerung vermehrt über ökonomische Zusammenhänge aufzuklären. So erblickte

⁵ Dieser Text von Schmoller erschien bis 1910 im Handwörterbuch der Staatswissenschaften (hier in Schmoller 1949).

⁶ Vgl. zur Einordnung in den Kontext des Methoden- und Werturteilsstreits: Nau (1997); Nau (1996); Grimmer-Solem (2003, 246-278); Köster (2011, 42-51).

Eduard Wiss gerade darin eine Gefahr, dass sich die „...Masse der gebildeten deutschen Welt, als Masse von Ignoranten in der Volkswirtschaft...“, einer Situation der „...öffentlichen Angelegenheiten...“ gegenüber gestellt sah, „...in der die volkswirtschaftlichen Fragen das Pivot der politischen Bewegung bilden“ (Wiss 1884, 42f.). Max Weber bezeichnete die Aufklärung über ökonomische Fragen als „...ungeheure politische Erziehungsarbeit...“ der Nation, die zu leisten Ziel der Wissenschaft bleiben müsse (Weber 1895, 560). 1907 rief Max Apt auf zur „...Gründung einer Vereinigung zur Verbreitung wirtschaftlicher Kenntnisse, welche über ganz Deutschland verzweigt, ohne Abhängigkeit von einer bestimmten Partei, durch Broschüren, Wanderredner und dergleichen die Ergebnisse wirtschaftswissenschaftlicher Forschung jahraus, jahrein in das Volk...“ hineinbringen sollte. Er äußerte die Hoffnung, dass ein solches Projekt die Zusammensetzung der Parlamente beeinflussen und so zu einer „...Gesundung unseres politischen Lebens...“ beitragen könne (Apt 1907, 913).

Die heftigen Diskussionen um die Jahrhundertwende läuteten einerseits den „...Anfang vom Ende der Vorherrschaft der historisch-ethischen Schule in der deutschen Ökonomik...“ ein (Nau 1996, 51); andererseits prägten sich hier nun auch für Deutschland die grundlegenden diskursiven Muster für die Artikulation des Verhältnisses von ökonomischer Wissenschaft und Politik aus: Der analytischen Trennung einer ökonomischen Theorie einerseits, ihrer praktischen Anwendung andererseits, entsprach die Anerkennung ‚rein ökonomischer‘ Betrachtungsweisen in Abgrenzung zur (nachträglichen) Hinzuziehung ‚politischer‘ und anderer Faktoren. So trennte etwa Eduard Spranger 1914 das „...speziell ökonomische Prinzip, ... nennen wir es kurz das Prinzip der Rentabilität oder Wirtschaftlichkeit...“ vom „...politischen Gesichtspunkt...“, bei dem es um die „...Machtstärkung einer bestimmten Gruppe...“ ginge, sowie von der „...ethischen Frage der Sittlichkeit und Gerechtigkeit“ (Spranger 1914, 563f.).

„Was Schmoller noch als den nicht auflösbaren Zusammenhang von Politik, Ökonomik und Ethik begriff, zerfällt so ... in zwar aufeinander verweisende und gegenseitig bedingende, aber dennoch distinkte Gebiete, die die Abgrenzung einer eigenständigen Sozial- und Wirtschaftswissenschaft erlauben.“ (Nau 1996, 27)

Im Rahmen der wissenschaftlichen Positionsbestimmung etablierte sich mit dieser Aufteilung allerdings ebenso ein Argumentationselement im Grenzziehungsdiskurs zwischen Wirtschaftswissenschaft und Politik. ‚Politik‘ wurde zunehmend etwas, das von Außen bzw. nachträglich in die Analyse einging und somit von der ‚wissenschaftlichen‘, ‚rein ökonomischen‘ Erörterung abgeschieden werden musste. Diese Tendenz sollte sich während der Weimarer Republik noch verstärken.

3 *Die Debatte in der Weimarer Republik*

In den 1920er Jahren hatte sich jenes Deutungsmuster weitgehend durchgesetzt, das ‚politische‘ Urteile aus der ‚wissenschaftlichen‘ Analyse unbedingt auszuschalten gedachte. 1926 behauptete Ludwig von Mises daher nicht zu Unrecht, dass man die „...Verquickung von Universitätslehre und Politik ... besonders seit dem Beginn des zweiten Jahrzehnts unseres Jahrhunderts als anstößig zu empfinden [begann]...“ (Mises 1926, 637).

Selbst ein Schmoller-Schüler wie Robert Wilbrandt wandte sich in einer Festschrift für Lujo Brentano gegen den ‚politischen‘ Anspruch der Historischen Schule und forderte:

„Hinaus mit allem Dogmatischen, allem Unbegründeten, allen Zielen und Idealen, mögen sie noch so schön formuliert sein Abstrahieren wir, das ist der entscheidende und erlösende Kunstgriff, von aller Politik, von allen Idealen und Parteien!“ (Wilbrandt 1926, 467)

Auch Andreas Voigt hielt eine Trennung von Wirtschaftstheorie und Politik für möglich. Das bedeute, dass die Wirtschaftswissenschaft zwar Ratschläge erteilen und Wege weisen könne, die Ziele jedoch anderen Quellen entstammten. Nicht eine gänzliche Trennung von Wissenschaft von Politik, sondern

„...Erkenntnis vor der pragmatischen Politik [sei] die Parole der Wissenschaftlichkeit.“ (Voigt 1928, 788)

Tatsächlich lässt sich die explizit vollzogene Abkehr vom ‚politischen‘ Anspruch als Teil der „...semantischen ‚Beerdigung‘...“ der Historischen Schule erfassen (Köster 2011, 53).

Aus dieser Argumentation heraus ergab sich für die nationalökonomische Wissenschaft die Position eines unabhängigen Gutachters und Beraters der Politik, der auf die ‚wirtschaftlichen‘ Aspekte von ‚politischen‘ Maßnahmen hinweisen sollte. „...Nur als Ratgeber...“ sollten die Nationalökonomien auftreten, um „...unter Ausschaltung aller spezifischen Staatspolitik und aller Kulturpolitik, also auch aller Kulturideale, Normen und Imperative...“ aufzuzeigen, „...was an sich rein wirtschaftlich möglich ist und unter Umständen notwendig“ (Wilbrandt 1927, 799). Gerade weil den meisten Politikern nach dieser Lesart der Sachverstand, angesichts der diagnostizierten Aporien des Politikbetriebs aber auch der Wille fehle, mit wirtschaftlichen Problemen fachmännisch umzugehen, müsse sich die Politik auf die Nationalökonomie stützen. Auf die Gefahren, die den Nationalökonomien in dieser Position begegneten, selbst wenn sie lediglich beratende Funktionen erfüllten, wurde häufig hingewiesen. Als ‚wissenschaftlicher‘ Politikberater, so eine weit verbreitete Einschätzung, begab man sich auf ein Terrain anders gearteter, eben: ‚politischer‘ Logiken – ein Deutungsmuster, das speziell in der Hochzeit der wirtschaftswissenschaftlichen Politikberatung in der Bundesrepublik aktualisiert werden sollte.

Über die anders gelagerte Frage, inwieweit Aspekte der Politik in der nationalökonomischen Analyse selbst berücksichtigt werden sollten, herrschte dennoch keine absolute Klarheit. Wie Roman Köster herausarbeitet, legten die gesellschaftlichen Umbrüche der Epoche den Eindruck nahe, dass ‚die Ökonomie‘ ohne Berücksichtigung des gesellschaftlichen Rahmens nicht angemessen beschrieben werden konnte (Köster 2011, 310f.). Besonders in den Denksystemen der prominentesten „...soziologischen Nationalökonomien...“, Othmar Spann und Friedrich von Gottl-Ottlilienfeld, lässt sich der Drang zu einer gesellschaftlichen Einbettung ökonomischer Phänomene beobachten.⁷

Allerdings wurde in der gleichen Zeit die Unterscheidung einer ‚reinen ökonomischen‘ von einer ‚politisch-ökonomischen‘ Theorie sehr prominent (Vgl. Janssen 1998, 40). Diese stellte die starke Beeinflussung des Ökonomischen durch die Politik grundsätzlich gar nicht in Abrede. Vielmehr ging es erkenntnistheoretisch darum, von ‚rein ökonomischen‘ Gesetzmäßigkeiten auszugehen, um danach die ‚politischen‘ Irritationen umso klarer offenzulegen:

⁷ Vgl. detailliert Köster (2011, 169-200).

„Da ja Volkswirtschaft ohne Politik an sich möglich ist, lässt sich eine vollständige Trennung einer unpolitischen oder ‚reinen Ökonomie‘ von der ‚politischen Ökonomie‘ durchführen“. Es lasse sich mithin eine „...politikfreie Wirtschaft vor der politisch beeinflussten...“ darstellen. (Voigt 1928, 851).⁸

Zurück ging diese Unterscheidung auf Franz Oppenheimer, der schon 1907 zwischen dem „...ökonomischen Mittel...“ (äquivalenter Tausch der eigenen gegen fremde Arbeit) und dem „...politischen Mittel...“ (unentgeltete Aneignung fremder Arbeit) unterschieden hatte (Vgl. Oppenheimer 1907, 16f.). In seiner 1922 veröffentlichten *Theorie der reinen und politischen Oekonomie* präzierte er:

„Wir nennen den Inbegriff des sittlichen rationellen Verfahrens mit Sachen, also der sämtlichen, im eigentlichen Sinne wirtschaftlichen Handlungen, die ‚reine Oekonomie‘; und den Inbegriff des unsittlichen rationellen Verfahrens mit Personen zum Zwecke der Beschaffung und Verwaltung von Wertdingen, also der sämtlichen Handlungen des ‚Bewirtschaftens von Menschen‘ die ‚politische Oekonomie‘.“ (Oppenheimer 1922, 41f.)

In ähnlicher Weise strebte der österreichische Nationalökonom Richard von Strigl an, alles „...Meta-Ökonomische...“ aus der Betrachtung der allgemeinen theoretischen Ökonomie auszuklammern, um das „...rein Ökonomische...“ kategorial zu erfassen (Strigl 1923, 6). Zwar lenke unter anderem ein „...Komplex von meta-ökonomischen Determinanten, welche sich um das Wort Staat gruppieren, ... das Handeln der Menschen innerhalb einer staatlich geeinten Volkswirtschaft in bestimmte Bahnen“ (Strigl 1923, 104). Allerdings sollte davon die „...Reinheit...“ des „...Systems...“ nicht gestört werden: Es handele sich darum, „...der Ökonomie ein Gebiet zu sichern, in dem sie autonom ist, in dem sie nach ihren Erfordernissen die Tatsachen prägt, in dem das Geschehen nach ihren Gesetzen bestimmt ist“ (Strigl 1923, 19).

Die Aufteilung in eine ‚reine‘ und eine ‚politische‘ Ökonomie – wenn auch nicht unumstritten – wies der Nationalökonomie ein privilegiertes Erkenntnisobjekt zu, dem spezifische Gesetzmäßigkeiten zuerkannt wur-

⁸ Siehe auch Liefmann (1916, 198): „Der reinen ökonomischen Theorie wäre also eine politisch-ökonomische Theorie gegenüberzustellen ... Am besten spricht man von reiner Wirtschaftstheorie und nationaler Wirtschaftstheorie.“

den. Gerade die Vorstellung von der Absonderung eines von allem Politischen abstrahierenden Bereiches des Ökonomischen konnte den allseits erhobenen Vorwürfen von ‚politischen‘ Beeinflussungen der Wirtschaft so als wissenschaftlich bezeugtes Fundament dienen. Die in der Weimarer Republik etablierten Abgrenzungsmuster sollten in der Bundesrepublik wieder auftauchen, erfuhren zuvor allerdings während des Nationalsozialismus eine Modifikation, die in erster Linie mit einer völkisch-rassistischen Neudeutung und Umwertung des Politischen im nationalsozialistischen Diskurs zusammenhing.

4 *Auffassungen im Nationalsozialismus*

Für die nationalökonomische Wissenschaft ergaben sich aus der im NS-Diskurs proklamierten Ein- und Unterordnung des Ökonomischen unter das Politische beträchtliche Konsequenzen hinsichtlich ihres eigentlichen Erkenntnisgegenstandes wie auch ihres ‚wissenschaftlichen‘ Selbstverständnisses. Während der 1930er Jahre entflammte daher eine Debatte zwischen jenen Fachvertretern, die offensiv für eine ‚politische‘ Betrachtungsweise eintraten und solchen, die auf der Trennung von Wissenschaft und Politik beharrten (Vgl. Janssen 1998, 226-237).

Die erste Gruppe betonte vor allem den politischen Status des eigenen Erkenntnisgegenstandes ‚Wirtschaft‘, der die Notwendigkeit einer politischen Ausrichtung präjudizierte. Nachdem die nationalsozialistische ‚Erkenntnis‘ sich verbreitet habe,

„...daß alle volkswirtschaftlichen Vorgänge als Teilbereich im Lebensprozess und Daseinskampf des Volkes politisch oder zumindest auch politisch bedingt sind“, müsse nun auch die Wirtschaftstheorie in ihren Prämissen wie auch Resultaten „eine politische Wissenschaft sein.“ (Meyer et al. 1939, 395f.)

Da Wirtschaft aus sich selbst heraus weder „...Sinn...“ habe noch ein „...Ganzes...“ darstelle, könne auch „...die Wissenschaft der Wirtschaft nicht aus der ökonomischen Selbstgesetzlichkeit entstehen.“ Volkswirtschaftslehre sei demzufolge nur möglich als „...die Lehre von der ‚politischen Wirtschaft‘...“ (Huber 1935, 53f.).

Aus diesen Betrachtungen leiteten einige Forscher den Anspruch ab, die Grundlagen des Wissenschaftsverständnisses selbst neu zu fundieren.

Das ‚alte‘ Postulat der Werturteilsfreiheit, dass sich im Selbstverständnis des Fachs Anfang des 20. Jahrhunderts durchgesetzt hatte, wurde im gleichen Zuge verworfen. Da die Wirtschaft „...auf völkischem, politischem und sozialem Grunde...“ erwachse, reichten „...von allen Seiten außerökonomische Wertungen in die Wirtschaftstheorie hinein...“ (Wiskemann 1936, 77f.). Es sei eine völlig falsche Vorstellung, die Theorie könne sich „...in einem luftleeren Raum außerhalb der völkischen Politik ihr Domizil schaffen“ (Wiskemann 1938, 59).

Die Anforderung an eine ‚politische Wissenschaft‘ bestand demnach nicht in erster Linie darin, ‚der Politik‘ durch ‚wissenschaftliche‘ Ratschläge weiter zu helfen. Dies war das Argumentationsmodell, das nun eher von denjenigen beibehalten wurde, die auf der Trennung von Theorie und Politik beharrten. Vielmehr ging es den Befürwortern einer ‚politischen Wissenschaft‘ jetzt darum, den nationalsozialistischen Begriff des Politischen in das wissenschaftliche Arbeiten zu übertragen oder, wie Gerhard Weisser schrieb,

„...im Sinne einer ‚Staatlichkeit‘ des nationalökonomischen Denkens in möglichst großem Umfang, d.h. also mit einem möglichst ausgebildeten politischen Gefühl auch den außerwirtschaftswissenschaftlichen Postulaten Rechnung zu tragen.“ (Weisser 1937, 584f.)

Wie erwähnt teilten nicht alle Nationalökonomten diese Auffassungen der eigenen ‚politischen‘ Erkenntnisgrundlagen. In graduellen Abstufungen beharrten sie auf der Werturteilsfreiheit und wiesen die Vermischung von Politik und Wissenschaft zurück, wenngleich sie die dienende Funktion der Wissenschaft für die Politik zumeist anerkannten. So hielt es etwa der Berliner Nationalökonom Carl Brinkmann grundsätzlich für „...ehrlicher ..., zunächst überwirtschaftliche Ziele bewusst und offen aufzustellen“. Danach aber müssten die „...wirtschaftlichen Mittel dazu im Rahmen der gegebenen Tatsachen und Tatsachenzusammenhänge (Daten und Gesetze) der Gesellschaft...“ gesucht und überprüft werden (Brinkmann 1934, 1f.). Gerade dieses Vermessen der Möglichkeiten und besten Mittel zur Erreichung aufgestellter Ziele wurde als Stärke der Wirtschaftswissenschaft hervorgehoben. Mit den Worten des Freiburger Professors Adolf Lampe erschloss die Wirtschaftswissenschaft

„...die Möglichkeiten sinnvoller Einordnung der Wirtschaft in politische Gestaltungspläne so wie die Naturwissenschaft dem Techniker

das geistige Rüstzeug zur Beherrschung der Natur bereitstellt.“ (Lampe 1937, 2297)

Der „...Vorrang der Politik...“ erlaube es dem Politiker, unterschiedliche Zielsetzungen nicht „...nur ökonomisch...“ zu verfolgen. Im „...Reich der Erkenntnis...“ bestehe dieser Vorrang jedoch nicht. Sobald der Politiker sich daher zu höchster Wirtschaftlichkeit entschieße, könne der „...Wirtschaftstheoretiker...“ bestimmen, „...was ist, was werden kann, was rein ökonomisch ‚richtig‘ wäre und wie gesetzte Ziele sich im Wirtschaftsleben unter obwaltenden Verhältnissen am besten erreichen lassen“ (Lampe 1935, 1382).

Aus dieser Aufgabenteilung ergab sich nach Albrecht Forstmann für den Staatsmann geradezu die primäre Forderung, „...eine Politisierung der Wissenschaft zu verhindern“ (Forstmann 1938, 229). Ansonsten könne diese ihrer „...höchsten Aufgabe...“, die „...zweckmäßigsten wirtschaftlichen Mittel...“ des politischen Handelns zu untersuchen, nicht mehr nachkommen (Forstmann 1938, 246). Im Bereich der „...wirtschaftstheoretischen Erkenntnis...“ behaupte so auch die Wirtschaftswissenschaft „...den Primat vor der Politik, und zwar deshalb, weil hier der wirtschaftstheoretische Primat den Interessen der Politik dient und ihre Ziele zu schützen hat im Interesse der Nation“ (Forstmann 1938, 251). Gerade aus der Differenz von Wissenschaft und Politik konnte auf diese Weise ein „...Recht auf objektive Leidenschaftslosigkeit des ‚reinen‘ Volkswirtschafters...“ abgeleitet werden (Michels 1935, 145).

An dem erneuten Richtungsstreit innerhalb der wirtschaftswissenschaftlichen Zunft in den 1930er Jahren wird deutlich, dass die ‚neue‘ völkisch-universale Bedeutungsschicht des Politikbegriffs sich oftmals an den älteren Bedeutungssträngen stieß und innerhalb der Disziplin keineswegs widerspruchsfrei aufgenommen wurde. Gerade das Verhältnis von (Wirtschafts-)Wissenschaft und Politik hatte seit dem Werturteilstreit der Jahrhundertwende Argumentationsmuster der Abgrenzung entwickelt, die nur schwer zu durchbrechen waren.

5 Die Planungsdebatte in der Bundesrepublik

Als letztes Beispiel der Selbstvergewisserungsprozesse und daraus resultierender Ansprüche soll kurz der ökonomische Planungsdiskurs der

1960er Jahre in der Bundesrepublik Deutschland angerissen werden, der mitunter in der Einrichtung des *Sachverständigenrats für die Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage* 1963 (auch bekannt als ‚Rat der fünf Wirtschaftsweisen‘) und dem keynesianisch inspirierten Stabilitätsgesetz von 1968 bedeutende Marksteine wirtschaftswissenschaftlicher Politikberatung aufzeigt.⁹

Der entscheidende Punkt in dem hier ausgebreiteten Zusammenhang ist, dass es sich bei den Planungsansätzen um einen explizit ‚verwissenschaftlichten‘ Diskurs handelte, d.h., dass sich mit dem Verweis auf ‚wissenschaftliche‘ Erkenntnismöglichkeiten und -methoden gegen ‚politische‘ Argumentationen gewehrt wurde. Insofern erscheint die Analyse des Soziologen Gerhard Stapelfeldt treffend, der beschreibt, dass die Ökonomie in den Steuerungsansätzen zwar mehr und mehr „...politisiert...“ wurde, zugleich jedoch eine „...Entpolitisierung der Politik...“ zu verzeichnen sei, da die „...demokratische Willensbildung durch einen fachwissenschaftlichen Diskurs über Sachzwänge substituiert...“ wurde (Stapelfeldt 1998, 313).

Die Annahme einer ‚Versachlichung‘ und ‚Rationalisierung‘ politischer Entscheidungen durch ‚wissenschaftliche‘ Beratung und Begründung hatte sich während der 1950er und 1960er Jahre als herrschender Konsens herausgebildet und den ökonomischen Planungsoptimismus diskursiv fundiert. Den Ökonomen als Experten kam in diesem Diskurs eine tragende Rolle zu, denn mit ihren Äußerungen nährten sie jene Hoffnung in die Steuerbarkeit ökonomischer Prozesse, die sie als ‚Experten‘ in Beratungsgremien wie dem *Wissenschaftlichem Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft* oder dem *Sachverständigenrat* zugleich verkörperten.

Verschiedene Ökonomen brachten mit ihren Äußerungen die Hoffnung auf eine ‚verwissenschaftlichte‘ Politik zum Ausdruck. Schon früh plädierte etwa Wilhelm Kromphardt dafür, eine „...systematische Wirtschaftsbeobachtung...“ zu institutionalisieren (Kromphardt 1949, 106), die das „...reichhaltige Instrumentarium der Wirtschaftslenkung...“ erst ermöglichen würde (Kromphardt 1949, 99).¹⁰ Für „...besondere, mit qualifizierten Experten ausgestattete Führungsstäbe, deren Aufgabe es ist, Diagnosen und Projektionen zu erarbeiten, im Rahmen der Regie-

⁹ Vgl. hierzu umfassender: Metzler (2005); Nützenadel (2005); Schanetzky (2007).

¹⁰ Vgl. zu verschiedenen Initiativen in diese Richtung Nützenadel (2005, 90-121).

rungsziele praktikable Lösungsmöglichkeiten und Entscheidungsalternativen aufzuzeigen, auf diese Weise die langfristigen Regierungsentscheidungen vorzubereiten und die beschlossenen Programme laufend zu überwachen...“, sprach sich auch der Unternehmer Herbert Fischer-Menshausen aus. Demnach werde die Regierung gezwungen, „...das Gewicht ihrer politischen Erwägungen an der Ratio der ihr vorgetragenen Sachargumente zu messen“ (Fischer-Menshausen 1967, 104f.). Sowohl Politikern als auch Unternehmern habe „...der Gelehrte ... zumeist die universelle Sicht voraus ..., welche das volkswirtschaftlich Nötige gegenüber dem partikular Nützlichen herausheb[e]“ (Beckerath 1957, 37). Daher dürfe die Wirtschaftspolitik nicht auf „...jene Kräfte, welche im Dienste der Ratio stehen...“, verzichten (Beckerath 1957, 37). Nur noch „...Romantiker...“, so das Mitglied des *Sachverständigenrates* Harald Koch 1969, glaubten, in der Wirtschaftspolitik ohne Planung auszukommen. Für eine geplante Wirtschaftspolitik liefere der *Sachverständigenrat* das „...wissenschaftliche Fundament...“, ohne das „...Politik nicht mehr zu treiben [sei]“ (Koch 1969, 172f.). ‚Wissenschaftlich‘ fundiert schien eine ‚politische‘ Lenkung bzw. Abstimmung des Ökonomischen nunmehr möglich, da dies ein Abstreifen der negativen Bedeutungsschichten des Politikbegriffs implizierte.

Ein besonders namhafter und politisch einflussreicher Vertreter des Verwissenschaftlichungsanspruchs war Karl Schiller. Schon in seiner Zeit als Professor an der Universität Hamburg vertrat er die Ansicht, dass sich der gesamte ökonomische Bereich von der „...Unternehmensführung...“ über „...ökonomische Gruppenstrategie...“ bis hin zu „...staatliche[r] Wirtschaftspolitik...“ im Prozess „...durchdringender Bewusstseinsherstellung und Verwissenschaftlichung...“ befände (Schiller 1955, 5). Überall seien „...wissenschaftliche Beiräte, Forschungseinrichtungen, Planungsstäbe usw. als vorbereitende Laboratorien der Wirtschaftspolitik...“ im Entstehen begriffen, in denen sich „...[d]as Bedürfnis nach einer *versachlichten Wirtschaftspolitik* ... mit der allgemeinen Entideologisierung und Pragmatisierung der Sozialwissenschaften“ verbinde (Schiller 1962, 86; Hervorh. i.O.).

Der „...wissenschaftliche[n] Wirtschaftspolitik...“ als „...zusammenhängendes rationales Ganzes...“ könne nunmehr ein „...reichhaltiges Instrumentarium empfohlen...“ werden, so zum Beispiel „...die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, die input-output-Analyse und das linear programming“ (Schiller 1956, 45).

Recht optimistisch ging Ferdinand Friedensburg, Politiker und Leiter des *Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung*, davon aus, dass sich eine Wirtschaftskrise wie die der 1930er Jahre nicht wiederholen könne, sofern „...die Wirtschaftswissenschaftler auf dem Posten [seien] und wenn die Politik vielleicht noch etwas mehr als bisher ihr Ohr dem Rat der Wirtschaftswissenschaft leih[e]“ (Friedensburg 1956, 10).

Rückblickend stellte auch Heinz Sauermann, einer der Begründer der experimentellen Wirtschaftsforschung in Deutschland, in den 1970er Jahren fest, dass seit dem Zweiten Weltkrieg „...ein völlig verändertes Verhältnis von Politik und Ökonomik...“ verzeichnet werden könne, da „...[d]ie Beziehung zwischen Wirtschaftspolitik und Wirtschaftswissenschaft ... enger und fester geworden [sei] als je zuvor“ (Sauermann 1975, 558f.). Wirtschaftspolitik „...ohne wissenschaftliche Politikberatung...“ hielt er für nur noch „...schwer vorstellbar, wenngleich in der wirtschaftspolitischen Tagespolitik die Schärfung des Gewissens durch die unabhängige Wissenschaft nicht immer bequem [sei]“ (Sauermann 1975, 562).

Die Skepsis gegenüber der Übersetzungsmöglichkeit wissenschaftlichen Wissens in ‚die Politik‘, die im letzten Teil des Zitats anklingt, kennzeichnete einen weiteren wichtigen Strang der Selbstreflexion. So bemängelte beispielsweise Oskar Morgenstern 1963, dass noch viel zu oft strittige Punkte wie Steuersätze, Zölle oder Wettbewerbspolitik „...politisch entschieden [würden], obgleich sie nur nach wissenschaftlichen Grundsätzen behandelt werden sollten“ (Morgenstern 1964, 33f.). Rund zwanzig Jahre später beschrieb der Ökonom Holger Bonus die Problematik wissenschaftlicher Politikberatung in ähnlicher Weise. Zwar sei es wünschenswert, dass sich die Ergebnisse der nationalökonomischen Forschung „...im politischen Tagesgeschäft...“ niederschlägen, jedoch gehe es dort „...zwangsläufig parteiisch...“ zu (Bonus 1982, 1). Wissenschaftliche Beratung sei daher nur dann erfolgreich, wenn es ihr gelinge, „...das objektiv Gebotene mit den Emotionen der politischen Basis in Einklang zu bringen“ (Bonus 1982, 17). Bonus empfahl den Beratern, sich zu diesem Zweck „...auf die Besonderheiten der politischen Auseinandersetzung ein[zulassen]“ (Bonus 1982, 6).

Gegen die Behauptung einer Verfangenheit der ‚wissenschaftlichen‘ Berater in das Politische mit all seinen Konnotationen der Parteilichkeit und des Werturteils wandten sich dagegen die Vertreter eines strikt szientokratischen Modells, in dem die Berater ihr Wissen anboten, selbst

aber nicht in den politischen Prozess eintreten sollten. Besonders vehement forderte etwa der Konjunkturforscher Albert Wissler, „...[d]ie leise und laute ‚Politisierung‘ unserer Wissenschaft ... mit Stumpf und Stiel...“ auszurotten (Wissler 1954/55, 130). Dazu zitierte er den ersten Vorsitzenden des *Council of Economic Advisers* der USA, Edwin G. Nourse, demzufolge heutige Wirtschaftswissenschaftler keine ‚political economy‘ mehr zu betreiben hätten. Der „...moderne Ökonomist...“ sei viel eher „...nüchterner ‚adviser‘, ein ‚consulting engineer‘...“ als „...Projektemacher...“ oder „...Reformer“ (Wissler 1954/55, 135f.). Harald Koch beantwortete seinerseits die Frage, „...ob und in welchem Umfange die Sachverständigen, die die wissenschaftlichen Fundamente für politische Entscheidungen legen, sich selbst in die Politik einschalten, selbst Politik machen...“ sollten, mit einem klaren ‚Nein‘ (Koch 1969, 173). Speziell der *Sachverständigenrat* sei ausdrücklich „...kein Organ der politischen Willensbildung...“, sondern „...lediglich beratender Gehilfe im Sinne des dezisionistischen Modelles“ (Koch 1969, 187).

Gerade am Beispiel des *Sachverständigenrates* entzündete sich aber auch wiederholt grundsätzliche Kritik gegenüber den Möglichkeiten wissenschaftlicher Politikberatung. Bereits in der Gründungsphase bemängelte Günter Schmolders, dass die Wissenschaftler lediglich dazu instrumentalisiert werden sollten, ein schon feststehendes „...politisches Werturteil...“ zu begründen. Der „...Schwarze Peter‘ der Wirtschaftspolitik...“ würde „...dem kleinen Kreise der auserwählten Wissenschaftler zugeschoben...“ und die Wissenschaft letztlich „...‚politisiert‘...“ (Schmolders 1962, 398). Diesen Eindruck spiegelt auch der Kommentar des *Handelsblatt*-Autors Hans Mundorf von 1973 wider, demzufolge die Wirtschaftswissenschaft „...in der Bundesrepublik zur ‚politischen Ökonomie‘ geworden...“ sei:

„Es wird kaum mehr sachlich und fachlich argumentiert, sondern statt Einsichten werden Stimmungen gesucht.“ (Mundorf 1973, 3)

Wie der Historiker Tim Schanetzky herausgearbeitet hat, brachte die von vielen Seiten erhoffte ‚Verwissenschaftlichung der Politik‘ mitunter eine zunehmende ‚Politisierung der Wissenschaft‘ mit sich (Vgl. Schanetzky 2007, 100).

Im Planungsdiskurs, dies sollte gezeigt werden, trafen sich Semantiken der Grenzziehung zwischen ‚Wissenschaft‘ und ‚Politik‘ mit solchen zwischen ‚Wirtschaft‘ und ‚Politik‘. Optimistische Fürsprecher der Pla-

nungs- und Steuerungsmöglichkeiten plädierten für eine spezifische Form der Steuerung, nämlich eine ‚wissenschaftliche‘, ‚sachliche‘ Steuerung in Abgrenzung zur ‚politischen‘ Einflussnahme. Umgesetzt werden sollte dieses Modell durch politisch unabhängige Institutionen, die aus ‚politischen‘ Zusammenhängen herausgelöst ‚die Politik‘ sachverständig beraten sollten. Die Kritik insistierte demgegenüber auf der Untrennbarkeit von Planung, Steuerung und den Problemen des Politischen sowie auf den Gefahren einer Politisierung der Wissenschaft im Beratungsprozess.

6 Fazit: Das Politische als ‚konstitutives Außen‘ und als Grundlage der Selbstvergewisserung

Wie anhand einiger diskursiver Scharnierstellen gezeigt wurde, kam und kommt der Abgrenzung von ‚Wirtschaft‘, ‚Wissenschaft‘ und ‚Politik‘ innerhalb der diskursiven Selbstvergewisserung im ökonomischen Diskurs eine elementare Bedeutung zu. Denn erst über die Abgrenzung von einem ‚Außen‘, d.h. dem Politischen, entsteht die Evidenz eines eigenen autonomen Bereiches ökonomischer Gesetzmäßigkeiten, Strukturlogiken und Handlungsmuster, über den ÖkonomInnen im ‚wissenschaftlichen‘ ökonomischen Diskurs Deutungsmacht beanspruchen und diese wiederum gegenüber ‚der Politik‘ geltend machen. Das ‚Außen‘ ist in diesem Sinne also konstitutiv für das ‚Innen‘: für die ‚Evidenz‘ und ‚Eigenmächtigkeit‘ des Ökonomischen wie auch für die herausgehobene Sprecherposition der Ökonomen (Vgl. Scholl 2014). Das ständige sprachliche Arbeiten an der Grenzziehung lässt sich insofern als Stabilisierung des ökonomischen Diskurses und der eigenen Diskursposition lesen. Dies erinnert an jene „...Prozeduren der Ausschließung...“, die Foucault in der *Ordnung des Diskurses* beschrieben hat. In Prozessen der Disziplinbildung wie auch der Bildung von Diskursgesellschaften vollzieht sich einerseits die Unterwerfung der sprechenden Subjekte unter den Diskurs, andererseits auch die Unterwerfung des Diskurses unter die Gruppe der sprechenden Individuen (Vgl. Foucault 1972, 11-29). Im Namen des Ökonomischen sprechen – diese Beobachtung lässt sich bruchlos auf die jüngere Zeit übertragen – können oftmals nur diejenigen, die sich an die Regeln des *etablierten* ökonomischen Diskurses halten und in den Grenzziehungsdiskurs zwischen ‚Wirtschaft‘, ‚Wissenschaft‘ und ‚Politik‘ einschreiben.

Literatur

- Apt, M. (1907): Politik und Wirtschaft, in: Deutsche Wirtschafts-Zeitung Nr. 3/20, 15. Oktober 1907, Sp. 913-914
- Beckerath, E. v. (1957): Politik und Wirtschaft. Ist eine rationale Wirtschaftspolitik möglich?, in: Hoffmann, W.G. (Hrsg.): Einkommensbildung und Einkommensverteilung, Berlin, S. 25-41
- Bonus, H. (1982): Information und Emotion in der Politikberatung – Zur politischen Umsetzung eines wirtschaftstheoretischen Konzepts, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft Nr. 138, S. 1-21
- Brinkmann, C. (1934): Theoretische Bemerkungen zum nationalsozialistischen Wirtschaftsprogramm, in: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft Nr. 58, S. 1-4
- Bürgin, A., Maissen, T. (1999): Zum Begriff der politischen Ökonomie heute, in: Geschichte und Gesellschaft Nr. 25, S. 177-200
- Burkhardt, J. (1990): Das Haus, der Staat und die Ökonomie. Das Verhältnis von Ökonomie und Politik in der neuzeitlichen Institutionengeschichte, in: Göhler, Gerhard u.a. (Hrsg.): Die Rationalität politischer Institutionen. Interdisziplinäre Perspektiven, Baden-Baden, S. 169-187
- Collini, S., Winch, D., Burrow, J. (1983): That Noble Science of Politics: A Study in Nineteenth-Century Intellectual History, Cambridge
- Fischer-Menshausen, H. (1967): Haushaltspolitik, in: Wirtschaftsrat der CDU e.V. (Hrsg.): Die Wirtschaft in politischer Verantwortung. Leitsätze – Protokolle. Wirtschaftstag der CDU/CSU, Bonn Januar 1967, Frankfurt a.Main, S. 100-105
- Forstmann, A. (1938): Über den Unterschied der Aufgaben und Ziele von Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik, in: Finanzarchiv N.F. Nr. 5, S. 222-252
- Foucault, M. (2003): Die Ordnung des Diskurses, Inauguralvorlesung am Collège de France, 2. Dezember 1970. Mit einem Essay von Ralf Konersmann, 9. Aufl., Frankfurt a. Main
- Foucault, M. (2006a): Sicherheit, Territorium, Bevölkerung. Geschichte der Gouvernementalität I, Vorlesung am Collège de France 1977-1978, Frankfurt a. Main
- Foucault, M. (2006b): Die Geburt der Biopolitik. Geschichte der Gouvernementalität II, Vorlesung am Collège de France 1978-1979, Frankfurt a. Main
- Friedensburg, F. (1956): Festansprache, in: Wirtschaftsforschung und Wirtschaftsführung. Festgabe für Ferdinand Friedensburg zum 70. Geburtstag, Berlin, S. 3-11

- Grimmer-Solem, E.: *The Rise of Historical Economics and Social Reform in Germany 1864-1894*, Oxford/New York
- Hasbach, W. (1914): *Aufgabe und Methode der Wissenschaft von der Volkswirtschaftspolitik (I)*, in: *Zeitschrift für Sozialwissenschaft* Nr. 17, S. 30-41
- Huber, E.R. (1935): *Die deutsche Staatswissenschaft*, in: *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft* Nr. 95, S. 1-65
- Janssen, H. (1998): *Nationalökonomie und Nationalsozialismus. Die deutsche Volkswirtschaftslehre in den dreißiger Jahren*, Marburg
- Koch, H. (1969): *Die Wirtschaft im Spannungsfeld von Politik und Wissenschaft*, in: Scholz, H. (Hrsg.): *Die Rolle der Wissenschaft in der modernen Gesellschaft*, Berlin, S. 172-185
- Köster, R. (2011): *Die Wissenschaft der Außenseiter. Die Krise der Nationalökonomie in der Weimarer Republik*, Göttingen
- Kromphardt, W. (1949): *Mögliche Mittel der Wirtschaftslenkung*, in: *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft* Nr. 105, S. 90-109
- Lampe, A. (1935): *Wirtschaftswissenschaft und Wirtschaftspraxis (I). Dienende und gebundene Wirtschaftswissenschaft*, in: *Der deutsche Volkswirt* Nr. 9/30, 26. April 1935, S. 1381-1384
- Lampe, A. (1937): *Praktische Wehrwirtschaftswissenschaft!*, in: *Der deutsche Volkswirt* Nr. 11/47, 20. August 1937, S. 2295-2298
- Langer, G.F. (1987): *The Coming of Age of Political Economy, 1815-1825*, New York/Westport/London
- Lemke, T. (1997): *Eine Kritik der politischen Vernunft. Foucaults Analyse der modernen Gouvernementalität*, Hamburg
- Liefmann, R. (1916): *Ueber Objekt, Wesen und Aufgabe der Wirtschaftswissenschaft*, in: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* Nr. 106, S. 1-63 u. 193-242
- MacLeod, H.D. (1874): *What is Political Economy?*, in: *Contemporary Review* Nr. 25, S. 871-893
- Marshall, A., Marshall, M.P. (1879): *The Economics of Industry*, London
- Marshall, A. ([1890] 1930): *Principles of Economics. An introductory volume*, London
- Metzler, G. (2005): *Konzeptionen politischen Handelns von Adenauer bis Brandt. Politische Planung in der pluralistischen Gesellschaft*, Paderborn u.a.
- Meyer, H., Predöhl, A., Rath, K.W. (1939): *Die Wendung zur Volkswirtschaft als Aufgabe volkswirtschaftlicher Theorie*, in: *Weltwirtschaftliches Archiv* Nr. 50, S. 378-427

- Michels, R. (1935): Vulgärökonomie und Nationalökonomie, in: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* Nr. 142, S. 129-148
- Mises, L. v. (1926): Interventionismus, in: *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* Nr. 56, 610-653
- Morgenstern, O. (1964): Planung, Simulation und Wirtschaftstheorie, in: Plitzko, A. (Hrsg.): *Planung ohne Planwirtschaft*. Frankfurter Gespräch der List Gesellschaft, 7.-9. Juni 1963, Basel/Tübingen, S. 29-39
- Mundorf, H. (1973): Politische Ökonomie, in: *Handelsblatt* Nr. 28/98, 22. Mai 1973, S. 3
- Nau, H.H. (1996): Der Werturteilsstreit. Die Äußerungen zur Wertediskussion im Ausschuss des Vereins für Sozialpolitik (1913), Marburg
- Nau, H.H. (1997): Eine „Wissenschaft vom Menschen“. Max Weber und die Begründung der Sozialökonomik in der deutschsprachigen Ökonomie, 1871 bis 1914, Marburg
- Nützenadel, A. (2005): Stunde der Ökonomen. Wissenschaft, Politik und Expertenkultur in der Bundesrepublik 1949-1974, Göttingen
- Oppenheimer, F. ([1922] 1964): *Theorie der reinen und politischen Oekonomie*, 1. Teil: Grundlegung. System der Soziologie, Bd. 3, 2. unveränderte Aufl., Stuttgart
- Oppenheimer, F. ([1907] 1923): *Der Staat*, Frankfurt a.Main
- Pohle, L. (1911): *Die gegenwärtige Krisis in der deutschen Volkswirtschaftslehre: Betrachtungen über das Verhältnis zwischen Politik und national-ökonomischer Wissenschaft*, Leipzig
- Sauermann, H. (1975): Anmerkungen zu einem alten Thema: Politik und Ökonomik, in: Ders., Mestmäcker, E.-J. (Hrsg.): *Wirtschaftsordnung und Staatsverfassung*. Festschrift für Franz Böhm zum 80. Geburtstag, Tübingen, S. 553-567
- Say, J.-B. ([1803] 1841): *Traité d'économie politique ou simple exposition de la manière dont se forment, se distribuent et se consomment les richesses*, Paris
- Schanetzky, T. (2007): *Die große Ernüchterung. Wirtschaftspolitik, Expertise und Gesellschaft in der Bundesrepublik 1966 bis 1982*, Berlin
- Scholl, S. (2014): Das Politische als ‚konstitutives Außen‘ des Ökonomischen. Grenzziehungen zwischen ‚Wirtschaft‘ und ‚Politik‘ in historischer Perspektive, in: Klein, I., Windmüller, S. (Hrsg.): *Kultur der Ökonomie. Zur Materialität und Performanz des Wirtschaftlichen*, Bielefeld (im Erscheinen)
- Schiller, K. ([1955] 1964): *Der Ökonom und die Gesellschaft*, in: Ders. (Hrsg.): *Der Ökonom und die Gesellschaft*, Stuttgart, S. 3-12

- Schiller, K. ([1956] 1964): Neuere Entwicklungen in der Theorie der Wirtschaftspolitik, in: Ders. (Hrsg.): Der Ökonom und die Gesellschaft, Stuttgart, S. 35-47
- Schiller, K. ([1962] 1964): Wirtschaftspolitik, in: Ders. (Hrsg.): Der Ökonom und die Gesellschaft, Stuttgart, S. 63-90
- Schmölders, G. (1962): Verwissenschaftlichung der Wirtschaftspolitik?, in: Monatsblätter für freiheitliche Wirtschaftspolitik Nr. 8, S. 397-399
- Schmoller, G. (1949): Die Volkswirtschaft, die Volkswirtschaftslehre und ihre Methode, herausgegeben von A. Skalweit, Frankfurt a.Main
- Spranger, E. (1914): Die Stellung der Werturteile in der Nationalökonomie, in: Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft Nr. 38, S. 557-581
- Stapelfeldt, G. (1998): Wirtschaft und Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Kritik der ökonomischen Rationalität. Zweiter Band, Hamburg
- Strigl, R. v. (1923): Die ökonomischen Kategorien und die Organisation der Wirtschaft, Jena
- Voigt, A. (1928): Art. Volkswirtschaft, Volkswirtschaftslehre, in: Elster, L., Weber, A., Wieser, F. v. (Hrsg.): Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. gänzlich umgearbeitete Auflage, Band 8, Jena, S. 786-856
- Weber, M. ([1895] 1993): Der Nationalstaat und die Volkswirtschaftspolitik. Akademische Antrittsrede, Freiburg 1895, in: Mommsen, W.J. (Hrsg.): Max Weber. Landarbeiterfrage, Nationalstaat und Volkswirtschaftspolitik. Schriften und Reden 1892-1899, 2. Halbband, Tübingen, S. 542-574
- Weisser, G. (1937): Der politische Charakter der Wirtschaftswissenschaft. Erkenntniskritik der wirtschaftswissenschaftlichen Grund- und Lehrsätze, in: Finanzarchiv N.F. Nr. 4, S. 525-629
- Wilbrandt, R. (1926): Das Ende der historisch-ethischen Schule, in: Weltwirtschaftliches Archiv Nr. 24, S. 73-108
- Wilbrandt, R. (1927): Die Wirtschaftstheorie als Grundlage der Politik, in: Der deutsche Volkswirt Nr. 1/26, 25. März 1927, S. 795-799
- Wiskemann, E. (1936): Die neue Wirtschaftswissenschaft, Berlin
- Wiskemann, E. (1938): Kameralistische und nationalsozialistische Wirtschaftspolitik, in: Die deutsche Volkswirtschaft Nr. 7,1/1, S. 57-61
- Wiss, E. (1884): Sozialismus und Staatssozialismus, in: Vierteljahrsschrift für Volkswirtschaft und Kulturgeschichte Nr. 21/3, S. 1-55
- Wissler, A. (1954/55): Das Werturteil in der Konjunkturforschung, in: Konjunkturpolitik Nr. 1, S. 129-153